



Bremen, den 11.11.2013

Bürgerinitiative Grünes St. Magnus
und
Anwohner der Straßen Billungstraße,
Auf dem Hohen Ufer, Richthofenstraße
und Weizenfurt

vertreten durch
Olaf Brandtstaedter und Dr. Harry Maretzke
Buddestr. 8/10 Billungstraße 16
28215 Bremen 28759 Bremen

Leitung des Bauamtes Bremen-Nord
Herrn Maximilian Donaubauer
Gerhard-Rohlf's-Straße 62
28757 Bremen

Stadtraumplanung für Knoops Park

Sehr geehrter Herr Donaubauer,

wie Sie wissen, setzt sich die Bürgerinitiative Grünes St. Magnus zusammen mit anderen Bürgern für eine professionelle und gemeinsame Stadtraumplanung für Knoops Park in Bremen-St. Magnus ein. Die BI hat insbesondere für die Entwicklung des Westrands dieses Parks bestimmte Lösungs-Vorschläge vorgelegt, die sich von einer Wohnbebauung unterscheiden und nach §3,1 öffentlich erörtert und in die Planungen einbezogen werden müssen. Die Initiative spricht sich bekanntlich gegen eine Wohnbebauung dieses von drei Baumreihen eingeschlossenen Grüngeländes aus. Sie kann sich hier ein Umweltbildungsprojekt in Verbindung mit einem Mehrgenerationen-Begegnungsraum vorstellen, so dass Impulse für eine Zukunftsgesellschaft gesetzt werden würden und der kulturhistorisch bedeutende Knoops Park als Naherholungsraum vor einer schleichenden Aufsiedelung bewahrt bliebe. Die Lösungs-Ideen der Bürgerinitiative werden durch das vom Senator für Umwelt beauftragte Gutachten „Freiflächen des Knoops Park nördlich der Straße Auf dem Hohen Ufer – Entwicklungskonzept“ der renommierten Landschaftsarchitekten Müller-Glaßl aus dem Jahre 2006 unterstützt.

Da verschiedene Vorschläge im Raum stehen, der Senat möchte hier mit möglichst hoher Dichte eine Wohnbebauung durchführen, muss im Sinne des Baugesetzbuches eine breite, öffentliche Debatte darüber erfolgen, ob man diesen öffentlichen Raum für

die verschiedenen Bürgergruppen von Stadtteilbewohnern und Besucher von außerhalb erhält, aufwertet und der Allgemeinheit zur Verfügung stellt oder ob man ihn einer Wohnbebauung zuführt, so dass es nur einige private Nutznießer gäbe. Diese Debatte ist nach unserer Auffassung umso eingehender zu führen, da die Lösungsvorschläge zur Entwicklung des Westrands des Knoop's Park erheblich miteinander differieren.

Am 3.7.2013 werden Sie diesbezüglich in der Presse wie folgt zitiert, siehe Anhang zu diesem Schreiben:

„Sechs Flächen sind nach vorne geschoben worden“, erklärte Bauamtsleiter Maximilian Donaubauer. Das sind das ehemalige Dewers-Gelände in Rönnebeck, der Rönnebecker Hafen, das Hartmannstift, das ehemalige Tauwerk-Gelände „Grohner Grün“, der Lesum-Park sowie der Bereich Billungstraße. Insbesondere im letzteren zeige sich, dass die Planung eine „defiziler [sic!] Prozess“ sei, weil es bedeute „öffentliche und private Interessen abzuwägen“, machte Donaubauer mit Blick auf die Bürgerinitiative klar, die sich gegen die Bebauung wehrt.“

In: „Schwung in die Sache gebracht“, Das BLV, 3.7.2013, Seite 3

Es ist Ihnen also durchaus bewusst, dass die demokratische und soziale Stadt-Gesellschaft eine eingehende Debatte und einen eingehenden Abwägungsprozess darüber führen sollte, ob am Westrand des Knoop's Park öffentliche oder private Interessen zum Zuge kommen sollten.

Wir erinnern hier noch einmal daran, dass das Baugesetzbuch in §3,1 dazu folgendes vorschreibt:

- a) Die Öffentlichkeit ist über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen, zu unterrichten.
- b) Die Öffentlichkeit ist über sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen zu unterrichten.
- c) Der Öffentlichkeit ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

Wir haben folgende Fragen und Forderungen an Sie:

1. Auf unseren Brief vom 10.6.2013, in dem wir aufgrund der nicht neutralen und nicht ausreichend informierenden Moderation¹ der Einwohnerversammlung vom 16.4.2013 eine neutrale Moderation durch Prof. Dr. Klaus Selle, RWTH Aachen vorschlagen, haben Sie bisher nicht reagiert.

Wir fordern Sie hiermit erneut auf, Stellung zu beziehen und uns ausführlich und schriftlich zu erläutern, ob Sie diesem Moderations-Vorschlag zustimmen oder ihn ablehnen. Herr Prof. Dr. Selle hat seine Zustimmung signalisiert, wie wir Ihnen in unserem Schreiben vom 4.7.2013 bereits mitgeteilt haben. Führen Sie bitte ggf. auch aus, wer aus ihrer Sicht kommende Einwohnerversammlungen moderieren sollte.

¹ Siehe oben: a), b) und c) bezüglich §3,1 Baugesetzbuch

2. In welcher Weise wurden die bisherigen Stellungnahmen, Einwendungen und Entwicklungsvorschläge durch Bürger und die BI zum Bebauungsplan 1274 in den laufenden Prozess eingearbeitet? Dem Schreiben des Bauamtes Bremen-Nord vom 28.6.2013, Herrn Böger ist dies nicht zu entnehmen. Nach unserer Rechtsauffassung ist die bisherige „Zwischenmitteilung“ nicht aussagekräftig und im Sinne der Bürgerbeteiligung am Planungsprozess nicht ausreichend. Bitte erläutern Sie ausführlich, ob und auf welche Weise die bisherigen Stellungnahmen eingearbeitet wurden.

3. Welchen Charakter soll die im Schreiben des Bauamtes vom 28.6.2013 genannte kommende „Informationsveranstaltung“ haben? Soll es sich hierbei um eine Versammlung nach §3,1 Baugesetzbuch handeln oder soll sie einen anderen Status haben?

4. Warum soll es nur noch *eine* Veranstaltung zum Bebauungsplan 1274 geben? Florian Boehlke sprach in der Einwohnerversammlung am 16.4.2013 davon, er könne sich „ein oder zwei weitere Veranstaltungen“ vorstellen.

5. Dem Beiblatt des Weser-Kurier vom 30.10.2013 „Bremens schöner Norden“ konnten wir aus Seite 7 die folgende Passage entnehmen:

„Dass es immer auch Rufe gibt, Flächen nicht zu bebauen, erlebt Donaubauer in der Billungstraße in St. Magnus. Der Anwohnerinitiative macht er keine Hoffnung, dass auf dem Gelände der ehemaligen Bauamtsgärtnerei nicht gebaut wird: „Aber wir reden dort mit allen, verstehen das als Pilot-Projekt und werden noch in diesem Jahr den Schritt weiter zur Auslegung der Pläne gehen.“

Es wäre schön, wenn unsere Initiative und die Anwohner diese Informationen nicht einer Anzeigen-Beilage entnehmen müssten, sondern von Ihnen über Ihre Absichten direkt informiert werden würden. Welchen Termin haben Sie für die nächste Versammlung geplant und welchen Status soll sie haben (siehe Frage 3) ?

6. Angesichts von anderen Lösungs-Vorschlägen, angesichts der massiven Bedenken gegen ein Wohnbau-Projekt und angesichts der über 2750 politischen Willensbekundungen, die eine eingehende und ergebnisoffene Debatte einfordern, fordern wir Sie auf in einen Dialog mit der Bevölkerung zu treten und die Bauleitplanung zu stoppen, also von ihrem Vorhaben abzurücken, die Pläne noch in diesem Jahr auszulegen. Gerade angesichts der sehr dürftig konkretisierten Vorstellungen, die der Bevölkerung am 16.4.2013 präsentiert wurden, beispielsweise in Fragen der Verkehrsproblematik, aber vor allem infolge einer Ermangelung einer Debatte über andere Lösungen, halten wir es aus unserer Sicht nicht für vertretbar, die Bauleitplanung mit diesem Hochdruck weiter zu verfolgen. Eine zu diesem Zeitpunkt nicht angemessene Weiterprojektierung aus Ihrer Sicht könnte ferner die demokratische und soziale Stadtkultur beschädigen, zu einem erheblichen Mehr an Politiker- und Verwaltungsverdrossenheit beitragen und den Glauben der Bürger an diese Kultur trüben. Einen Abwägungsprozess über öffentliche und private Interessen führen ohne eben diese Öffentlichkeit? Das dürfte schwer zu vermitteln sein.

Den Rahmen zu einem Dialog mit den Bürgern sollte eine offene² und informelle Bürgerversammlung darstellen, in der Sie Ihre Bebauungsabsicht legitimieren, aber auch auf andere Lösungsmöglichkeiten eingehen und diese durch die Moderation nicht abgewürgt werden. „Wir reden dort mit allen“, dieses öffentlich gegebene Versprechen muss nun von Ihnen eingelöst werden.

7. Warum werden die Lösungs-Vorschläge und Gestaltungs-Ideen bzw. Wohnbau-Bedenken der Bürgerinitiative Grünes St. Magnus von Ihnen nicht entsprechend gewürdigt bzw. warum gehen Sie auf diese nicht ein?

8. Die Bürgerinitiative fordert nach wie vor auf den Status einer Verfahrensbeteiligten gehoben zu werden. Begründen Sie bitte, wie Sie dieser Forderung gegenüber stehen.

9. Warum nutzen Sie angesichts von über 2750 Unterschriften für eine ergebnisoffenen Debatte über die Entwicklung des Westrandes des Knoops Park nicht Ihren politischen und städteplanerischen Spielraum eine solche geforderte offene Debatte mit der Bevölkerung zu führen?

10. Welche Vorstellungen vertreten Sie angesichts einer fortgeschrittenen und an ihre Sättigungsgrenze gekommene Wohnbauverdichtung³ in St. Magnus bezüglich einer weiteren Aufsiedelung des kulturhistorisch bedeutenden Knoops Park? Soll diese ungehemmt fortschreiten? Wird dieser bedeutende Park dadurch nicht mehrfach abgewertet, touristisch, ökologisch und als sozialer Treffpunkt? Wir erinnern noch einmal daran, dass die südlichen Gebiete aufgrund der steilen Hanglage für ältere Menschen nicht leicht begehbar sind und die Öffnung des Westrandes des Knoops Parks zu den weiter westlich gelegenen Wohngebieten mit Mehrfamilienhäusern eine Aufwertung der Wohnqualität bedeuten würde.⁴

Beantworten Sie uns bitte schriftlich und ausführlich diese Fragen und geben Sie Gründe an, wenn Ihnen dies nicht möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen,

Olaf Brandtstaedter und	Dr. Harry Maretzke
Buddestr. 8/10	Billungstraße 16
28215 Bremen	28759 Bremen

² Erinnert sei hier an die auf der Versammlung am 16.4.2013 vorgetragene Kritik an der angedachten Sitzungsform „Kleingruppenarbeit mit Abschlussplenum“, die bei den Anwesenden auf wenig Gegenliebe stieß und erfolgreich per Antrag abgelehnt wurde. Trotz dieser negativen Erfahrungen sollte diese Sitzungsform auf dem Bürgerforum zur Bremer Heerstraße am 19.10.2013 ursprünglich beibehalten werden (siehe: „Bremse für den Heerstraßenzug“, Die Norddeutsche vom 21.10.2013)

³ Insbesondere die Blockbebauung liegt in St. Magnus mit 22% über dem Bremer Durchschnitt, siehe: Zahlen vom Statistischen Landesamt, 2011

⁴ Siehe auch: Unsere ausführliche Argumentation in unserer Pressemitteilung vom 30.6.2013 unter www.gruenes-sankt-magnus.de